

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Herausgeber Nr. 27

Geschenkt möbentlich 18 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend ins Haus, einschließlich der Zeitschriften „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbüllage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenerlass geleistet.



Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die geschwungenen 15 Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärtig 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Anzeige pro Seite 40 Pf. Verbindlichkeit für 15 Pf. Datumschrift und Belehrung aufgeschlossen. Annahmefrist für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungshäusern werden billige Berechnungen. Zahlungen an Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 20

26. Jahrgang.

Dienstag, den 14. Februar 1933

Beurlaubungen in Preußen Große Personalveränderungen im leitenden Verwaltungs- und Polizeidienst Kampf gegen Versailles

Berlin, 14. Februar.

Das neue Reichskabinett hat bekanntlich bei seinem Entzerrt eine ziemlich freundliche Aufnahme im Ausland gefunden. Selbst die französische Presse, die sonst die deutsche Reichsbewegung stets aufs schärfste befehdet hatte, zeigte sich jetzt zurückhaltend und fand sich mit der Berufung Hitlers ins Kanzleramt, mit der, wie sie sagte, man doch einmal heu regnen müssen, verhältnismäßig leicht ab. Diese Zurückhaltung hat die französische Dernonlichkeit neuerdings restlos aufgegeben. Sie zeigt sich jetzt wieder so aufgeregte, wie vordem.

So polemisiert jetzt die französische Presse auch gegen ein Interview, das Reichskanzler Hitler vor einigen Tagen dem englischen Oberst Etherton gewährt hat und das Franzosen offenbar auf die Nerven gefallen ist. Der Versailler Vertrag ist eben für die Pariser Regierung ein Blümchen „Rühr-mich-nicht-an“, und wenn ein deutscher Kanzler es sagt, das Unrecht der Friedensverträge vor einer Welt zu brandmarken und die Wiedergutmachung dieses Unrechts verlangt, dann überschlägt sich die Pariser Preß geradezu vor Wut!

Das nationalistische „Journal des Débats“ schreibt u. a., daß man sich einer „Art Ultimatum“ gegenüberstehe, in dem lediglich die Angabe des Zeitpunktes fehle, an dem Hitler seine Forderungen erfüllt zu sehen wünsche. Wenn man sich auch über die Ziele der deutschen Politik noch im unklaren gewesen sei und zugeben müsse, daß sich diese Politik nur dank der unglaublichen „Fehler“ habe entwickeln können, die französische Regierung gemacht werden seien, so sei es doch das erste Mal, daß die „Drohungen“ nunmehr öffentlich ausgesprochen werden könnten. Das nationalistische „Ordre“ erblüht den großen Fehler Frankreichs darin, daß es bei der Aufführung und der Anwendung der Friedensverträge „zu sanft vorgegangen“ (1) sei. Auf der Abrüstungskonferenz habe man sich „leider immer wieder geweigert, die Macht in den Dienst der Herrschaft zu stellen“. Es sei verständlich, daß Hitler die französische Armee, die die deutsche „geschlagen“ habe, — was das geschehen sei, wenn das Blatt nicht anzuzeigen — zunächst geschwächt sehen wolle, ehe er gegen sie vorgehe. In der Frage des Danziger Korridors müsse man nun entgegenstehen, daß dieser Korridor nicht nur von Deutschen, sondern auch von Polen bewohnt sei. „Paris Soir“ greift die These Hitlers an, daß zwischen dem Sieger und dem Besiegten nicht auf ewig ein Unterschied gemacht werden könne. Die drei Forderungen: Abrüstung des Kaiserreichs, Rückgabe des Korridors und Rückgabe der Kolonien seien nicht neu. Nein sei lediglich der Ton, in dem der Reichskanzler dies als Deutschland gebührend verlange. Hinsichtlich seiner Einladung an England, mit Deutschland an den Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu arbeiten, müsse man feststellen, daß auch Frankreich die Zusammenarbeit mit England als für den Frieden notwendig erachte. Die Wahl liege nunmehr bei England. Es sei jedoch zu hoffen, daß sich die englische Regierung klar entschließe und endlich die ewige Schaukelpolitik einstelle.

Englischland hat sich auch die englische Dernonlichkeit mit der Angelegenheit befaßt. Die Forderung auf Rückgabe des polnischen Korridors schaffe, so schreibt „Daily Express“, eine Lage von allererster politischer Bedeutung, indem sie die umstrittene und gefährliche Frage der europäischen Politik direkt in das Scheinwerferlicht der Welt stelle. Das Gebiet Ostpreußens, so heißt es weiter, wo einige der einflussreichsten Familien Deutschlands wohnten, sei immer noch vom ganzen übrigen Deutschland durch einen von Polen verwalteten Landstreifen abgetrennt. Der Hafen von Danzig sei vom industriellen Deutschland abgeschnitten. Das umstrittene Land des polnischen Korridors sei von Leuten bewohnt, die in überwältigender Mehrzahl Deutschen seien. 13 Jahre lang sei der Protest Deutschlands gegen die Regelung der Ostgrenze stetig gewachsen. Polen selbst habe keine Illusionen über die Schwierigkeiten gehabt, den Korridor aufrechtzuhalten. Es habe Riesenmengen für eine Armee ausgegeben, die jeder deutschen Aktion widerstehen könne. Solange Deutschlands militärische Stärke durch die Abrüstungsauflage des Versailler Vertrages gesichert bleibe, Frankreich habe seinerzeit durch seine Anteilspolitik der goldenen Regeln in Osteuropa einen Ring von Ländern aufgebaut, die Polen gegen Deutschland unterstützen.

Bon deutscher Seite sind unterdessen die Veröffentlichungen des englischen Oberst Etherton in mehreren Punkten berücksichtigt worden. Außerdem ist die Hoffnung, in der Hitler das Interview gebracht haben wollte, amtlich bekannt gegeben worden. Im Prinzip laufen beide Darstellungen auf das gleiche Ziel hinaus: auf die Forderung nach restloser Wiedergutmachung des ungewohnten Unrechtes, das dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag zugefügt worden ist. Aber hier handelt es sich nicht

um „Drohungen“, wie es die französischen Blätter darzustellen versuchen, sondern um die berechtigten Forderungen eines 60-Millionen-Volkes, das das Joch der Verslavung nicht länger tragen und frei und gleichberechtigt neben den anderen Völkern der Welt leben will! Dieser Grundzustand der Gleichberechtigung gilt schließlich nicht nur für die Abrüstungskonferenz sondern allgemein für alle Beziehungen des

internationalen Völkerlebens. Es ist ein unhalbarer Zustand, wenn deutsches Land durch einen „Korridor“ ausgeteilt wird, es widerspricht jeder Vernunft und Gerechtigkeit, wenn man uns die koloniale Berechtigung verwehrt und uns die Rückgabe der Kolonien verweigert. Hier wird sich noch eine grundlegende Sinnesänderung in der Welt vollziehen müssen, und es ist daher nur zu begrüßen, daß von deutscher Seite immer wieder die Revision des Versailler Vertrages in den Mittelpunkt der internationalen Entscheidungen gerückt wird. Und in diesem Kampf werden wir uns nicht beirren lassen, mag auch die Pariser Pressemeute sich noch so sehr dagegen aufzubauen.

Deutschlands Forderungen

Vaterredung des Reichskanzlers mit einem englischen Journalisten.

Berlin, 14. Februar.

Reichskanzler Hitler gewährte dieser Tage dem englischen Obersten Etherton als Vertreter der „Daily Mail“ und den zu diesem Konzern gehörenden Presseorgane eine Unterredung, die im Auslande große Beachtung gefunden hat. Über die Abrüstung berichtet, hat Reichskanzler Hitler ausgeführt:

„Jede deutsche Regierung steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß eine Abrüstung mit allen Kräften anzustreben sei, aber keine irgendwie verlauft, sondern eine ehrliche und klare.

Es hängt bei der Lösung dieses schweren Problems hauptsächlich auch davon ab, wie sich die angelfälschischen Völker, d. h. die Briten und die Amerikaner, zu dieser Frage stellen und welches Gewicht sie in die Wagschale zu legen gedenken, um die Abrüstung wirklich durchzuführen.

Was Deutschland anstrebt, so hat es seinen Teil nicht nur in der Theorie zur Lösung dieser Fragen beigetragen, sondern die größte Armee in einem Umfang abgerüstet, daß nur ein unverhältnismäßig kleines Heer zurückgeblieben ist.“

Nach seiner Stellungnahme zu dem Versailler Vertrag befragt, erwiederte der Kanzler:

„Der Versailler Vertrag ist ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Völker. Es ist ein Unglück, für immer die Welt in Sieger und Begeiste Einteilen zu wollen. Der Versuch einer solchen Einteilung untergräbt das Vertrauen der Völker untereinander, was sich auch auf die Wirtschaft ausdehnt, welcher durch diesen Vertrag der schlechteste Dienst erwiesen worden ist.“

Und was die Verbesserungsmöglichkeiten dieses verfehlten Vertrages anbetrifft, so kämpfen wir gegen die alle schädigenden Differenzen zwischen den Nationen, die dieser Vertrag aufgerichtet hat. Man kann gewiß nach einem Kriege für einige Zeit Sieger und Besiegte unterscheiden, aber eine Weltordnung läßt sich darauf nie und nimmer aufbauen.

Ich glaube, daß nach einer Revision des Verhältnisses nicht nur wir rufen, sondern einst die ganze Welt rufen wird. Jedenfalls wird jede deutsche Regierung fordern, daß das in diesem Vertrage niedergelegte Unrecht wieder guigmach wird.“

Auf die Frage, was der Reichskanzler glaube, wie sich Frankreich zu diesen Befreiungen stellen werde, antwortete Reichskanzler Hitler, daß er zunächst noch immer die Hoffnung habe, daß man auch in Paris die Unhaftbarkeit der 1919 geschlossenen Verträge einsehen werde. Über die fortlaufenden französischen Anfragen befragt, erklärte Reichskanzler Hitler:

„Ich glaube, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten wundert man sich über das viele Geld, über das die Franzosen verfügen, und von dem sie anscheinend nicht wissen, wie sie es verwenden sollen.“

Wir verlangen, daß jeder Nation in dem Umfang ihre Existenz gejedert wird, wie es ihre Umwelt bedingt. Wir untererstes haben auch das vertraglich in den Völkerbundstaaten niedergelegte Recht, darauf zu bestehen, und werden das tun.“

Der Zustand, wie er heute besteht, ist geschichtlich noch niemals dagewesen.

Selbst 1814 haben die damaligen Alliierten, als sie sich gegen einen imperialhaften Vertrag, Europa unter französische Herrschaft zu zwingen, zusammengetan, die Herrschaft Napoleons zwar niedergebrochen, aber keine hat gefordert, Frankreich als den für immer Besiegten und den in jeder Hinsicht Unterechtigen hinzustellen.“

Über den sogenannten „Polnischen Korridor“ befragt, äußerte der Reichskanzler, daß seiner Ansicht nach hier ein ganz besonders großes Unrecht der deutschen Nation zugefügt worden sei.

Zum Schluß äußerte sich der Reichskanzler noch über den Kommunismus. Mit dem Kommunismus, so erklärte der Kanzler, habe er es nicht mit einem auswärtigen Staat zu tun, sondern mit einer Zerlegungsercheinung, die ihn als ein innerpolitisches deutsches Problem bezeichnete.

Er sei der Ansicht, daß der Kommunismus in Deutschland unbedingt überwunden und ausgerottet werden müsse, um eine friedliche Entwicklung und ein neues Aufblühen der deutschen Nation zu ermöglichen.

Personalveränderungen Beurlaubungen im preußischen Verwaltungs- und Polizeidienst

Berlin, 14. Februar.

Wie verlautet, hat die kommunistische preußische Staatsregierung umfangreiche Veränderungen im preußischen Verwaltungs- und Polizeidienst beschlossen. Eine amtliche Mitteilung über diese Personalveränderungen liegt noch nicht vor. Wie man hört, werden beurlaubt:

In Stettin Polizeipräsident Mäier; seine Vertretung übernimmt bis auf weiteres Oberregierungsrat Freiherr von Gabenitz;

in Breslau Polizeipräsident Thaib;

in Hirschberg-Wilhelmsburg Polizeipräsident Dr. Dahl;

in Waldenburg Polizeipräsident Wende und Polizei-

oberstleutnant Menge;

in Oppeln Polizeioberstleutnant Limberger und

Landjägermaj. Schäfer;

in Hannover Polizeipräsident Barth, der der SPD angehört und sein Amt seit dem 1. April 1928 verwaltet; mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte wurde Oberregierungsrat Happen beauftragt, ebenso wurde in Hannover der Regierungsvizepräsident Mauer beurlaubt.

Weiter sind beurlaubt worden Regierungsvizepräsident Tornhak von der Regierung in Merseburg, Polizeipräsident Oegle in Halle, Polizeipräsident Krüger in Weissenfels, Oberregierungsrat Friedberg beim Polizeipräsidenten in Halle.

Bei den Polizeipräsidien im Ruhrgebiet wurden der Duisburg-Hamborner Polizeipräsident Dr. Meyer, im Bochumer Polizeipräsidium Oberbaumeister der Polizeipräsident Weyer und der Polizeiobster Quast beurlaubt. In Bochum wurde Polizeiobster Harlinghausen und in Dortmund Polizeipräsident Börgel (der frühere Polizeipräsident von Berlin) beurlaubt.

In Kassel wurden der frühere Berliner Polizeipräsident und jetzige Regierungspräsident Dr. Friedensburg beurlaubt und der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberstleutnant Aghat; in Wiesbaden Regierungspräsident Ehrler; in Frankfurt a. M. Polizeipräsident Steinberg und der Landrat des Kreises Main-Taunus, Apel.

In Köln wurde Regierungsvizepräsident Bier, in Aachen Regierungspräsident Stieger beurlaubt.

In Koblenz wurde Polizeipräsident Dr. Biesenthal vorläufig beurlaubt. Als sein Nachfolger ist Oberregierungsrat Neubauer in Aussicht genommen.

Hitler wieder in Berlin

Bereitstehender Empfang der Handwerksführer.

Berlin, 14. Februar.

Reichskanzler Hitler, der während des Wochenendes den Städten Kassel, Weimar, Leipzig und Erfurt einen Besuch abgestattet hat, traf mit einem Sonderflugzeug von Erfurt kommend, wieder auf dem Tempelhofer Flugplatz in Berlin ein und begab sich gleichzeitig in die Reichskanzlei. Wie verlautet, wird der Reichskanzler im Verlaufe der nächsten Tage die Vertreter des deutschen Handwerks empfangen. Man nimmt an, daß die Handwerksführer in dieser Begegnung vor allem die Schaffung des Postens eines Staatssekretärs für Handwerk und Mittelstand verlangen werden.

In Weimar wohnte Reichskanzler Hitler mit seiner Begleitung, den Reichsministern Erck und Göring, dem Staatssekretär Lammers und dem persönlichen Referenten des Reichsinnenministers, Dr. Negele, im Deutschen Nationaltheater anlässlich des 50. Todestages Richard Wagners einer Aufführung von „Tristan und Isolde“ bei, die unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Praetorius neu einstudiert worden ist.

Auch in Weimar wurden dem Kanzler von einer begeisterten Menschenmenge große Huldigungen dargebracht.

Die Zeit der Taten gekommen

Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Berlin, 13. Februar.

Die Deutchnationale Volkspartei eröffnete den Wahlkampf mit einer Kundgebung der neu geschaffenen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot im Berliner Sportpalast.

Reichsminister Dr. Hugenberg

nahm das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich sage es offen: Ich wollte keine Neuwahl. Das neue Kabinett ist keine Neuauflage einer der zahlreichen vorherigen Regierungen, die wir gehabt haben. Sonst wäre ich nicht darin. Ein Werkzeug im Kampf um eine lichtere Zukunft: das ist diese neue Hindenburg-Regierung. Ich konnte und durste den Zusammenschluß aber nicht an dem einen Punkt scheitern lassen, um den wir uns nicht verständigen konnten. Wir wählten über den wir uns nicht verständigen konnten. Und Deutschland möge beobachten, daß es das Wählen gründlich tut, indem es die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot wählt. Unter diesem Kennwort zieht die DVP in die Wahl.

Wie ich es seit langem als unsere Absicht verkündet habe, soll damit deutlich unser Wille gekennzeichnet werden, untere Arme weit auszumachen für alle, die dem Gedanken der nationalen Sammlung huldigen, für alle, die wissen, daß bei dieser Wahl nur auf zwieriges ankommt:

Ja zu sagen in der Frage des Feldmarschalls: Wollt Ihr mein nationales Kabinett wählen? und zum zweiten zu beweisen, daß wir christlich-konservativ im besten Sinne des Wortes, das heißt sozial sein wollen, aber nicht marxistisch und wirtschaftswidrig!

Jetzt ist die Zeit der Taten gekommen. Der Gefanthülfte schaft zu helfen, ist meine Aufgabe. Wir sind in den Ministerien mit aller Kraft an die Arbeit gegangen. Einige kleine Maßnahmen konnten schon getroffen werden. Die Vorbereitung größerer ist im Gange.

Dr. Hugenberg beendete dann seine Rede mit einem Appell an die deutschen Arbeiter, Bauern und Mittelständler und mit einem Bekenntnis zu Deutschland. Nach Dr. Hugenberg nahm

Vizekanzler von Papen

das Wort. Papen betonte, der 30. Januar 1933 sei ein Wendepunkt in der Geschichte des Nachkriegs-Deutschlands und führt dann fort:

Die Einigung, nun erreicht in ihren Führern, muß erfüllt werden auch innerhalb des deutschen Volkes.

Mit der Bildung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben wir den Anfang gemacht und den Grundstein für die Neuordnung der politischen Willensbildung gelegt.

Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Wahl, um Partei- und Parlamentsmehrheiten, sondern gewissermaßen um die leile Herrschaft, die die Regierung der nationalen Konzentration abhalten möchte, bevor sie die Entscheidungsschlacht mit der Not der Zeit und den deutschen Überständen beginnt.

Reichsarbeitsminister Seldte,

der anschließend das Wort nahm, führte u. a. aus: Trost und Hoffnung soll uns das Bewußtsein jenden, daß wir die eine deutsche Hauptgesellschaft, das Arbeitenten, nicht verlernt haben. Deshalb wird unsere treue und zähe Arbeit dereinst von Erfolg gekrönt sein. Wahrhaft frei müssen die Menschen, das Land und die Arbeit sein.

Deshalb ist auf allen diesen Gebieten seit jeher die Freiheit das Ziel des Stahlhelms gewesen.

Die Durchführung der Wahl

Der Reichskommissar für das preußische Innenministerium hat nähere Bestimmungen über die Durchführung der Reichstagswahl und der Neuwahl des preußischen Landtags getroffen.

Die Wahlzeit dauert danach grundsätzlich von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags. In ländlichen Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit auch früher oder später angelegt werden, jedoch nicht früher als

7 Uhr morgens und später als 11 Uhr vormittags. Die gesetzliche Wahlzeit muß ununterbrochen sechs Stunden dauern und darf nicht vor zwei Uhr nachmittags schließen.

Während bei der Reichstagswahl Kreiswahl vor sich geht bei Wählergruppen (Parteien), die nicht mindestens einen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, von mindestens 60 000 Wählern der Wahlkreisverbandes unterzeichnet sein müssen, bleibt es bei der Wahl zum preußischen Landtag bei der vorgeschriebenen Mindestzahl von 500 Wählern. Beziiglich der Wahlhandlung ist vorgeschrieben, daß die Stimme für die Reichstags- und Landtagswahl in einem Umlauf abgegeben werden.

Zur Vermeidung von Verwechslungen für die Reichstags- und Landtagswahl bestimmten Stimmzettel durch die Wähler und zur Erleichterung der Feststellung des Wählerzettels wird vorgeschrieben, daß die für die Reichstagswahl bestimmten Stimmzettel auf weißem oder weißlichem Papier, die für die Landtagswahl bestimmten Stimmzettel auf rotlichem Papier gedruckt werden.

Wirksame Abrüstung

Deutsche Abänderungsvorschläge zu dem englischen Entwurf.

Genf, 14. Februar.

In Fortsetzung seiner Beratungen wandte sich der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz jetzt den englischen Vorschlägen für das Arbeitsprogramm zu. Von der deutschen Delegation sind dazu Abänderungsvorschläge eingereicht worden. Ziel dieser Abänderungsvorschläge ist die Sicherstellung einer wirklichen Rüstungsverminderung und Begrenzung, die alle Rüstungsfaulen umfaßt. Einer der Grundgedanken der deutschen Abrüstungspolitik ist der, daß vor allem wirkliche Maßnahmen für die Verhinderung eines Angriffs getroffen werden.

Während nun der englische Entwurf Kampfwagen für die Zukunft gestalten und lediglich ihre Tonnage festlegen will, verlangen die deutschen Abänderungsvorschläge zunächst eine Entscheidung darüber, ob diese Kampfwagen überhaupt beibehalten werden sollen. Beziiglich der Landartillerie fordert England die Begrenzung der „kunstigen“ Kaliber, Deutschland dagegen will, daß diese Maßnahme durch die Abrüstungskonvention sofort wirksam wird.

Grundsätzlich verlangt die deutsche Delegation, daß das Kriegsmaterial, das nach einer etwaigen Kriegs- oder Tonagebegrenzung künftig nicht mehr erlaubt sein soll, zerstört wird.

Weiter beantragt Deutschland eine klare Entscheidung darüber, ob die Militärluftfahrt vollständig abgeschafft wird, evtl. in Verbindung mit einer internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt oder ob das Luftbombardement eingeschränkt verboten wird. Deutsches wird verlangt, daß auch bezgl. der Festungen Entscheidungen getroffen werden.

Die Welt ehrt Wagner

Bayreuth, 14. Februar.

Aus Anlaß des 50. Todestags Richard Wagners fanden in zahlreichen deutschen Städten und vor allem auch weit im Auslande Gedenkfeiern statt. In Bayreuth legte Bürgermeister Popp am Grabe Richard Wagners einen Kranz nieder und gedachte dabei des großen Ehrenbürgers der Stadt. Weitere Kränze wurden niedergelegt von den Vereinen und Wagner-Bünden sowie im Namen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern und des Kronprinzen von Dänemark.

Nach der Gedenkfeier am Grabe und der Kranzniederlegung am Grabe Siegfried Wagners überreichte der Alteitsausschuss des Bayreuther Stadtrates Frau Winifred Wagner und Frau Eva Chamberlain die Ehrenbürgertum. Im weiteren Verlauf des Tages wurde die Villa Wahnfried für den öffentlichen Besuch geöffnet.

Die „Schwarze Front“ verboten

Berlin, 14. Februar.

Die Wochenzeitschrift „Die Schwarze Front“ ist mit sofortiger Wirkung bis zum 26. März einschließlich verboten.

„Kameraden!“ beginnt er. „In acht Tagen wird Uruguay den neuen Präsidenten wählen und seine Minister ernennen. Das Parlament wird in wenigen Wochen neu gewählt. Ich habe es Kraft meiner Vollmacht als Generalbevollmächtigter der Regierung von Uruguay aufgelöst!“

„Revolutionen — so sagt man in anderen Ländern — sind in Südamerika billig. Das Wort ist bitter und trifft auch viele Male zu. Ost war es ein ehrgeiziger General, die sich eine Machtposition schaffen wollte, um sie zu egoistischen Zwecken auszunützen, selbst war die Revolution vom Geiste befehlt, dem Volke zu helfen. Es ist mir eine aufrichtige Freude, feststellen zu können, daß die Männer, die diesen Umsturz riefen und unblutig vollzogen, nach dem Herzen des Volkes gehandelt haben, daß ihre glühende Liebe zum Vaterlande sie trieb, eine korrupte Regierung zu beseitigen.“

Spontan erhebt sich die Versammlung. Hauptmann Binhos ruft begeistert: „Danke, Alfredo Colomani, für diese Worte, die uns die Schönste Enttäuschung sind!“

Karl steht wie betäubt in dem Strom der Begeisterung, der ihn umbraust.

Was ist das nur? denkt er. Ich spreche bloß selbstverständlich Dinge aus, und man weiß mir zu!“

„Kameraden!“ fährt er weiter fort. „Ich bin jung wie Sie alle! Die Jugend hat die Kraft, die Jugend kennt noch das heilige Feuer der Begeisterung, die Jugend besitzt noch ein Herz . . . und das alles sollen Sie haben, sollen Sie sich erhalten. Nur eines bitte ich Sie vielmals: Verbanne Sie den Egoismus aus ihrem Herzen. Alles dem Vaterlande, nein . . . sprechen wir klarer . . . alles dem Volke dieses schönen und reichen Landes!“

Wieder rast die Begeisterung.

„Was ist Egoismus? Ein Feuer, das unsere Seelen ausbrennt, und das uns im Alter einmal zum Schämen bringt . . . so fühle ich's. Was ist es gegen das wunderbare Gefühl, wenn Sie Ihrem Volke gegenüberstehen und in seinen Augen einen Abglanz des Glücks und der Zufriedenheit sehen, die Sie gewollt sind, dem schaffenden Volke zu geben.“

Als Karl geendet, da kommen Sie alle auf ihn zu und drücken ihm die Hand.

Der Überfall in Eisleben

Der amtliche Bericht des hessischen Polizeipräsidiums.

Halle, 14. Februar.

Über den kommunistischen Feuerüberfall während des SA-Aufmarsches in Eisleben veröffentlicht das hessische Polizeipräsidium einen Bericht, in dem es u. a. heißt:

Beim Eintreffen des Zuges im Breiten Weg wurde eine größere Anzahl Kommunisten von der Polizei in das Gebäude, abgedrängt. Trotzdem kam es jedoch in dieser Straße zu Zusammenstößen. Von KPD-Seite sind mehrere Schüsse gefallen. Ein Nationalsozialist aus Halle, Paul Dersch, wurde durch Brustschuß und Kopfschuß getötet, ein anderer schwer verletzt.

Weitere vier Nationalsozialisten erlitten leichte Verletzungen. Von den Kommunisten sind 24 verletzt worden, darunter zehn bis zwölf schwer.

Preußischer Kommissar nach Eisleben?

Ein gut informierter Kreis wird erklärt, daß der Reichskommissar für das preußische Innenministerium, Reichskommissar Göring, einen besonderen Kommissar nach Eisleben entsenden wolle. Der Kommissar würde hauptsächlich seitens haben, ob es zutrifft, daß von nationalsozialistischer Seite der Polizei in Eisleben rechtzeitig angegriffen worden sei, die kommunistischen Parteiobstale nach Waffen zu durchsuchen, und ob die Polizei tatsächlich dieses Erledigen gelehnt habe.

Erdbeben in Innerchina

70 000 Todesopfer?

Peking, 14. Februar.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich am 26. Dezember 1932 in der innerchinesischen Provinz Kansu ein außerordentlich schweres Erdbeben ereignet. Seitdem sind zahlreiche Städte und Dörfer vollständig vernichtet worden. Die Zahl der Toten wird auf etwa 70 000 geschätzt.

Die Städte Ping-Fan und La-pan mit je 11 000 Einwohnern sollen völlig vom Erdbeben verschwunden sein. Auch die Stadt Ning-fing soll zum größten Teil zerstört sein. Die militärischen Befestigungen bei Tatung sollen vernichtet worden sein.

Die chinesische Provinz Kansu liegt zwischen Tibet und der Mongolei. Das betroffene Gebiet ist einer der abgeschiedensten Bezirke in der ganzen Welt. Es ist geprägt und von einer armen chinesischen Bevölkerung dicht besiedelt. Eine Kamelkarawane mit Flüchtlingen hat nach einer Reise von 1500 Kilometern die erste Nachricht der Katastrophe überbracht. Die Erdfälle zerstörten die Behausungen der Einwohner und verursachten gewaltige Überschwemmungen, bei denen Hunderte von Personen ertranken. Die bittere Winterkälte führte zu weiteren Verlusten an Menschenleben.

Erdstöße in Argentinien.

In der Gegend von Tucuman ist ein heftiges Erdbeben verübt worden. In Tucuman selbst wurden zahlreiche Häuser beschädigt. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgetragen. Meldungen über Verluste an Menschenleben liegen nicht vor.

Einberufung des Reichsrats?

In politischen Kreisen erwartet man die Einberufung des Reichsrats zum Donnerstag, ohne daß vorher die ursprünglich in Aussicht genommene Länderkonferenz über die neue Situation in Preußen stattfindet. In der nächsten Reichsträffertagung wird das Land Preußen zum ersten Male durch Repräsentanten der Reichskommissare vertreten sein. Wie verlautet, schwanken zwischen den süddeutschen Ländern Verhandlungen darüber, welche Haltung sie gegenüber der neuen Lage einnehmen wollen. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor.

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(49. Fortsetzung.)

Grenzenloser Jammer und Weh ist in seinem Herzen. Er hat Angelica lieben und geliebt in den wenigen Tagen. Wäre er nicht gezwungen gewesen, einem Menschen unermöglich die Freigabe zu schenken? Und jetzt . . . wartet der Tod!

Die alte Frau ist am Tische zusammengesunken. Sie findet kein bittendes Wort mehr.

Karl aber geht und läßt sie mit ihrem Schmerz allein.

* * *

„Du bist zu hart mit der alten Frau ins Gericht gegangen!“ sagt Thomas zu Karl, als sie wieder unter sich sind.

„Wissen wir, was Sie gelitten hat?“

„Wir wissen es nicht . . . aber . . . ein Mensch stirbt ihretwegen, jung . . . schön . . . und schuldlos!“

Lange ist Karl in Gedanken versunken. Plötzlich wendet er sich an den Freund: „Glaubst du . . . mir ist manchmal ganz wir im Kopf . . . ich denke immer, es kann nicht alles so sein, wie es ist!“ Wie zwei sind ausgezogen, um fremde Länder kennenzulernen . . . und haben unsere Schiffe mit anderen verläuft. Und morgen soll ich die Sitzung der provisorischen Regierung Uruguays leiten!“

Karl lacht bitter auf.

Thomas bleibt ganz ruhig.

„Du wirst sie leiten, es ist ja im Grunde genommen nicht anders, als eine Versammlung im Gartenbauverein. Da redet man von den kleinsten Dingen, hier von größeren, aber vielleicht nicht einmal so wichtigen wie im Gartenbauverein.“

„Tom . . . ich bitte dich! Wie kann du über so ernste Dinge scherzen?“

* * *

Die Sitzung der provvisorischen Regierung nimmt ihren Anfang.

Colomani hat sie eröffnet.

Dann schreitet man zur Wahl der provvisorischen Regierung. Karl wird einstimmig als Generalbevollmächtigter befürwortet. Die einzelnen Ministerien werden provisorisch besetzt.

Karl spricht sich mit jedem einzeln über die Fragen seines Ressorts aus. Eine generelle Entlassung des Beamtenstamms lehnt er ab. Da müsse von Fall zu Fall vorgegangen werden. Dann bittet er um Vorläufige für den Posten des Präsidenten, den das Volk wählen soll.

Karl will nicht kandidieren, aber begeistert zwingt die Versammlung ihn dazu. Er gibt den Widerstand auf.

Zum Schluß spricht man noch über das Schicksal Gueras und zweier anderer Minister. General Argente ist es geblieben, um zu entscheiden. Dolores hat ihn begleitet.

Karl sieht es durch, daß Guera des Landes verwiesen wird, gemeinsam mit einem der anderen Minister.

* * *

Karl kommt den ganzen Tag nicht zur Ruhe. Alle halben Stunden geht er zu Angelica, die ihn immer mit einem glücklichen Lächeln begrüßt. Sie spricht nur wenig. Es macht ihr zu große Mühe. Der Verfall schreitet unablässig vorwärts.

Die Mutter ist stets bei ihr.

Wenn Karl eintritt, senkt sie den Kopf.

Der Ernst der Tage hat auch einen anderen Menschen ergriffen: Griti Haterton. Selbstlos tut sie ihre Pflicht im Dienste der Kranken.

Grenzenlose Verehrung für Karl erfüllt sie.

Sie hat von mancher glanzvollen Karriere gehört, aber dieser Ausflug hat etwas Gigantisches an sich.

* * *

Der große Bankier Haterton liest von den Ereignissen in Uruguay, liest, daß durch das Eingreifen Alfredo Colomani der Generalbevollmächtigte der Regierung geworden ist, eine Währungsstabilität, überwacht Unruhe und Störung im Geschäftsleben vermieden wurden.

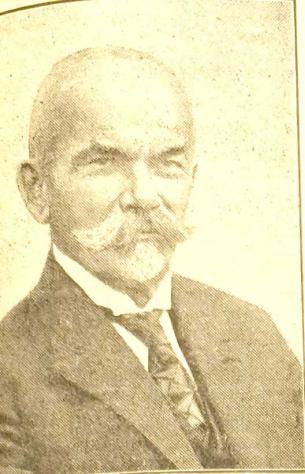
Haterton erinnert sich des jungen Menschen, sieht das Kühne, edelgeschmückte Jungmännergesicht vor sich.

Es gibt noch Karrieren! Denkt er begeistert und ein wenig mit Neid und Bewunderung.

Alfredos Vater, fällt ihm ein, der unbekannte Krieger von Neuport.

Es treibt den Bankier ihn aufzufinden.

(Fortsetzung folgt.)



Morgen, am 15. Februar, begeht Herr Hauptlehrer i. R. Georg Frischkorn seinen 70. Geburtstag. Nahezu 50 Jahre, bis zu seiner im Jahre 1927 erfolgten Pensionierung war er in unserer Stadt als Lehrer tätig. Vor dem Jahre 1911 an stand er der Stadtschule als Hauptlehrer. Seine ganze Manneskraft, sein großes Wissen und Klügheit widmete er der Schule, seiner Schule. Mit unermüdlicher Hingabe und Liebe hat er sich stets der ihm anvertrauten Jugend angenommen. Wer Liebe sät, wird sie ernten. Die Wahrheit dieses Wortes hat Herr Frischkorn in reichem Maße erfahren dürfen. Gelegentlich seines Übertritts in den Ruhestand, wurde ihm von Lehrern und Kindern seiner Schule eine erhebende Abschiedsrede bereitet. Ehemalige Schüler, Stadtverwaltung und die vorgesetzte Schulbehörde sandten damals Worte höchster Anerkennung und höchsten Lobes. Dass Herr Frischkorn auf Zeit fand, sich der schulentlassenen Jugend anzunehmen, dass er sich neben seiner schulischen Tätigkeit auch in den Dienst der Öffentlichkeit stellte, das kennzeichnet seine unermüdliche Arbeitskraft. Im Rössleverein, im Verhönerungs- und Jägerverein, im Kriegerverein, im Gewerbeverein, dessen langjähriger Dirigent er war, hat er eifrig gearbeitet. Und der ihm eigenen Treue allezeit seinen Mann gestanden. In den Jahren nach seiner Pensionierung hat er mit zärtlichem Eifer an Hand alter Urtümer ein druckfertiges Werk über Spangenberg, seine wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Gegenwart und Vergangenheit geschaffen. Die Ungnade der wirtschaftlichen Lage allein ist die Schuld, dass dieses Werk nicht im Druck erscheinen und der Druckfertigkeit zugänglich gemacht werden kann. Immerhin hat dieses Werk, wenn auch nicht den Zweck, so doch einen Zweck erfüllt: Es hat den Geist und die Spannkraft des Jubiläums wachgehalten. Möge diese geistige Frische, in Verbindung mit der körperlichen Rüstigkeit dem verehrten und verdienten Manne noch recht lange erhalten bleiben. In diesem Sinne: Glück auf!

Deutschland trauert. Zum Zeichen der Trauer um das Unglück in Neunkirchen segneten auf Anordnung der Reichsregierung und der kommissarischen preußischen Staatsregierung am vergangenen Sonntag die öffentlichen Gebäude auf halbmast.

Die Bühnenspiele. Am Sonnabend und Sonntag wurde das heimige Bühnenspieltheater mit Tonfilmvorführungen auf. Zu diesem Zweck musste ein neuer Apparat eingebaut werden, für den eine einwandfreie Tonwiedergabe garantiert war. Wenn man aus G und eines früheren möglichen Besuches Tonfilme vorzuführen, dieser Vorstellung steilbüchig gegenüberstand, so wurde man diesmal vorsichtig enttäuscht. Die Tonwiedergabe war diesmal vorsichtig und durchaus einwandfrei; die Besucher sprechen sich auch sehr lobend darüber aus. Mit dieser Einrichtung ist nun endlich den Wünschen weiterer Freizeit Rechnung worden. Hoffentlich wird diese Neuanordnung der Kino-Abteilung, die mit größeren Unlusten verbunden ist, durch regen Besuch belohnt. Nur dadurch wird es in Zukunft möglich sein mit Programmen aufzutreten, die größeren Bühnenspieler nicht nahelegen werden.

Neu-Präsident Dr. Friedensburg beurlaubt. Wie aus dem politischen Teil unserer Zeitung hervorgeht, wurde u. a. auch Reg.-Präsident Dr. Friedensburg beurlaubt. Die Amtsgeschäfte des Reg.-Präsidenten werden bis auf weiteres vom Reg.-Vizepräsidenten Dr. Jeschke geführt.

Mit der Beurlaubung des Regierungspräsidenten Dr.

Friedensburg wird auch die unmöglich Zusammenlegung der Stadt. Sparsassen mit der Kreissparkasse Melsungen die fels ein besonderes Siedlungsbedürfnis nun mehr verabschiedet war, wenigstens vorläufig hinausgezögert und

hoffentlich ein für allemal fallen gelassen.

Annahme von Forstlehlingen 1933. Gemäß einem Runderlass des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft (Kommissar des Reichs) vom 25. Januar 1933 (234) wird nach Mitteilung der Deutschen Verbandsbund-Korrespondenz" der Beginn der Lehrzeit der im Jahre 1933 an zunehmenden Forstlehlinge auf den 1. Mai und die Meldefrist auf den 1. April festgesetzt. Die Entscheidung über die Annahme darf erst nach dem 5. April getroffen werden. Sichttag für das vorgeschriebene

Ter ist der erste Mai.

Reichskanzler Adolf Hitler sprach in Kassel.

Die Gaupressestelle des Gau Hessen-Nassau-Nord schreibt uns: "Kassel stand am vergangenen Sonnabend und Sonntag ganz im Zeichen des Besuches des Reichskanzlers und Führers der NSDAP, Adolf Hitler, der anlässlich des Gaukongresses der NSDAP in Kassel weilte. Schon am Sonnabend vormittag trafen Tausende von SA- und SS-Männern, Hitlerjungen und zivilen Parteigenossen in der Stadt ein. Strahlende Sonne begrüßte die marschierenden Formationen in der mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Stadt.

Am Sonnabend nachmittag traf Adolf Hitler mit dem Flugzeug aus Berlin kommend auf dem Flugplatz in Walldau ein. Unbekannt von den Bewohnern angelangte er in die Stadt. Abends begann gegen 19 Uhr die gewaltige Kundgebung auf dem Friedrichsplatz. Eine unabsehbare Menschenmenge drängte und staute sich hier seit den frühen Nachmittagsstunden. Lange Züge der aktiven Formationen der Braumhemden der Partei, sowie der politischen Amtswalter rückten unter klirrendem Spiel auf den Platz und nahmen Aufstellung mit der Front nach dem "Roten Palais". Gegen 19.45 traf dann der Reichskanzler, jubelnd begrüßt von der gewaltigen Menge, die der Polizeibericht auf 80000 Menschen schätzt, auf dem Friedrichsplatz ein. Nach kurzen einleitenden Worten des Gauleiters Weinrich nahm Adolf Hitler das Wort, zu seinen prägnanten Ausführungen, in denen er die Grundzüge der weiteren Politik erläuterte. Er kennzeichnete den Versfall, der unter der 14-jährigen marxistischen Misshandlung eingetreten ist. "Wir sehen, so fuhr er fort, heute das Ergebnis ihrer Machtvolkommenheit: Der Verfall der Nation hat seine Früchte getragen. Die Wiederauferstehung der Nation kann nur dann kommen, wenn über alle Klassen und Parteien hinweg und über alle Weltanschauungen wieder ein deutsches Volk entsteht. Die Zeit des Marxismus ist endgültig abgelaufen. Die Zeit der internationalen Phrasen, der Versprechungen von der internationalen Solidarität ist vorbei. 14 Jahre haben diese vergeblichen Männer ihr Programm nicht gekannt. Sieg ist auf einmal gekommen, sie es wieder auswendig. Wir Nationalsozialisten sind entschlossen, Deutschland so oder so nicht zu Grunde zu legen. Ich weiß, dass ich damit einen unerhörten Kampf begonnen habe. Allein ich gehe nicht von dieser Stelle, die einst Bismarck inne hatte. Ich habe es gewagt, und so lange ich lebe, werde ich nun mehr kämpfen."

Steuererklärung 1932. Das Finanzamt schreibt uns: Nach Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen ist die Zeit für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer über den 28. Februar 1933 hinaus bis zum 10. März 1933 verlängert. Die Vordrucke für die Steuererklärungen werden den Pflichtigen in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Zwischenfall in Braunschweig

Ein Lehrling Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit.

Die Braunschweiger Nationalsozialisten und der Stahlhelm veranstalteten am Sonntag einen gemeinsamen riesigen Umzug durch Braunschweig.

Vor Beginn des Umzuges durch verschiedene Altstadtstrassen hieß die Polizei die Einwohner aufgefordert, die Fenster zu schließen, da Salzsäureatentate auf den Zug befürchtet wurden.

Als in einigen Fällen der polizeilichen Aufforderung nicht nachgekommen wurde, vielmehr die Polizeibeamten beschimpft wurden, gab die Polizei Schreckschüsse ab und schoss dagegen. Dabei wurde ein 17jähriger Lehrling im Oberdamm getroffen, während zwei Frauen am Arm verletzt wurden. Der schwerverletzte Lehrling ist am Montagmorgen im Landesfrankenhauses gestorben. Bei den beiden Frauen besteht keine Lebensgefahr.

Die Landesverwaltung (Landeshauptmann in Hessen) teilt uns mit:

Strafeisehröhung der Brandsteuern für die Gemeinde Eiterfeld, Kreis Höxter!

Nach § 16 der Satzung der Hessischen Brandverhinderungsanstalt können durch Beschluss des Landesausschusses für eine einzelne Gemeinde, in der in den letzten fünf Jahren die Brandstädte einen außergewöhnlichen Umfang angenommen haben und zugleich angenommen ist, dass diese Erstecheinung auf Brandstiftung oder schlechter Wohthilfe oder Vernachlässigung der Löschmaßnahmen beruht, die ordentlichen Brandsteuern für die betreffende Gemeinde vorübergehend bis 50 Prozent erhöht werden. Von dieser Erhöhung hat der Landesausschuss in seiner Sitzung vom 7. Februar für die Gemeinde Eiterfeld, Kreis Höxter, Gebrauch gemacht. In der Gemeinde Eiterfeld sind in den letzten fünf Jahren an Brandstädten insgesamt 12 650 M W erhoben, hingegen 108 567 M W an Brandstädtehödungen verausgabt worden. Der mittlere Jahresdurchschnitt beläuft sich demnach für die erhöhten Brandsteuern auf 23 282 M W , für die verausgabten Brandstädtehödungen hingegen auf 21 872 M W . Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu Hanau sowie der Landesstrafmilderungsstelle zu Kassel ist zwar in seinem Landesstrafmilderungsamt die Brandstiftung festgestellt worden, doch ist in der Mehrzahl der Brandfälle der dringende Verdacht der Brandstiftung nicht von der Hand zu weisen. Auch der Tätigkeit der Feuerwehr ist von gewissen, unverantwortlichen Teilen der Bevölkerung wenig Verständnis entgegengebracht worden. So sind, um die Schäden zu beenden, während der Brandstädtehödung die Brandstädte mit Hydranten abgesperrt worden. In einem Brandfall sind Stühlen laut geworden, die sich darüber aufregten, dass die zur Brandstädtehödung einzige Gemeinde Kreisstrafmilderungsstelle, deren Amtssitz Kassel ist, mit lautem Gejohle begrüßt wurde, durch ihre erhöhte, der Wasserleitung entnommene Wasserverbrauch die Gemeinde unmöglich finanziell belaste. Der Landesausschuss erlaubte an, dass demnach die Landesverwaltungen des eingangs erwähnten § 16 der Satzung der Hessischen Brandverhinderungsanstalt erlaubt seien und beschloss, die Brandsteuern für die Gemeinde Eiterfeld auf die Dauer von 2 Jahren um 50 Prozent zu erhöhen.

Ungeheuerer Jubel und immermehr wachsende Begeisterungsfürste unterbrachen immerwieder die fernigen Aufführungen des Reichstanzers. Ein gewaltiger Faschzug, an dem sich die SA, SS, PJ, NSBO, die Amtswalter, sowie eine Abordnung des Stahlhelms beteiligten, marschierte am Führer vorbei. Über eine Stunde zogen insgesamt 12000 Nationalsozialisten in straffer Haltung vor ihrem obersten Führer vorüber. Kassels Bevölkerung bewies bei dem anschließenden Marsch durch die Stadt eine Anteilnahme und Begeisterung, wie man sie hier seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat. Ungeheure Menschenmassen stauten sich in den Hauptverkehrsstraßen und legten den Auto- und Straßenbahnbewegung teilweise völlig lahm.

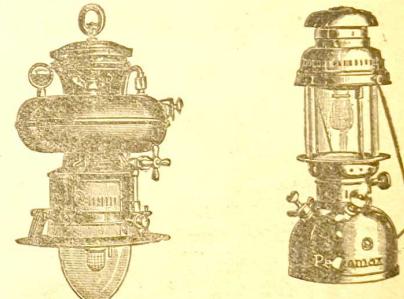
Am Sonntag in den ersten Morgenstunden trat der SA-Sturmabn 183 mit Kavalle und Spielmannszug an zum Wecken. Ein erhabender Festgottesdienst in der altherrwürdigen Martinskirche vereinte viele Tausend Parteigenossen. Gegen 10 Uhr nahm dann Gauleiter Weinrich die Einweihung des Gauhauses in der Wilhelmshöher Allee vor. Reichskanzler Adolf Hitler hatte bereits am Sonnabend das Haus besichtigt. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden und lauschte den Aufführungen des Gauleiters, die Notwendigkeit der Einrichtung eines Gauhauses unterstrichen und dann das Haus auf den Namen "Adolf-Hitler-Haus" weihte.

SA- und SS- und Gauleiter unterhielten dann große Menschenmassen mit Blahkonzerten auf dem Friedrichsplatz und auf der Freitreppe des Rathauses.

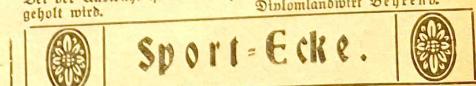
In einer großen nationalsozialistischen Bauerntagung in der Stadthalle führte Dr. Roland Freisler und der bekannte Bauernführer Memberg die Not des Landvolks eindringlich vor Augen. Am Sonntag mittag sprach wieder in einer gewaltigen Kundgebung der oberste Leiter der politischen Organisation Pg. Ley vom Ballon des "Roten Palais". "Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen", das war der Sinn seiner Aufführungen. Ein Propagandmarsch durch die Straßen der Stadt, an dem sich etwa 6000 SA-Wänner beteiligten, fand wieder begeisterte Aufnahme bei den Kassianern. Den Abschluss des Tages bildete der Kongress der politischen Amtswalter des Gau Hessen-Nassau-Nord in der Stadthalle, in der der Organisationsleiter der Partei, Pg. Ley und Pg. Freisler das Wort zu grundsätzlichen nationalsozialistischen Fragen ergriffen.

Petroleum-Starklichtlampen.

Gerade jetzt im Winter sind betriebsichere Lampen in allen Betrieben, vor allem auch in den landwirtschaftlichen Betrieben unbedingt erforderlich. Da der Eintritt der Dunkelheit jetzt schon sehr früh erfolgt, muss mit den Arbeiten auf dem Hofe früh aufgehört werden und kann diese nur in genügend erleuchteten Räumen fortgesetzt werden. In vielen kleineren landwirtschaftlichen Betrieben steht oft der Aufzug an den elektrischen Strom. An Installationen ist heute bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zu denken und muss deshalb die elektrische Beleuchtung durch eine andere ebenbürtig ersetzt werden. In diesem Falle wird gern die Petroleumbeleuchtung angewandt. Beleuchtungsfähige Petroleumlampen sind die Petromax-Starklicht-Laternen und -Aufzugslampen, die von der Firma Erlich & Graetz A. G., Berlin SD 36, in den Handel gebracht werden.



Diese Laternen und Lampen gewährleisten ein gutes und helles Licht. Sie sind betriebsicher und sehr einfach in der Bedienung. Petroleum-Starklichtlampen, die für Petroleum, aber auch für Benz in, Benzol oder Gasolin brennen, sind fürstlich und regen. Der Lampengänger ist aus leiserem Zinnem Glas, das eine besondere Widerstandsfähigkeit gegen Hitze und Stößt gewährleistet. Der Vergaser dieser Lampen hat sich gut bewährt. Alle diese Lampen eignen sich je nach Stärke (100, 200, 400, 800, 1200 und 2000 Kerzen) für die verschiedensten Zwecke, sei es als Außen- und Innenlampen. Die sturm- und regenfeste Petromax-Laterne Nr. 900 d. B. spendet mit einem Liter Petroleum 26 Stunden lang ein rein weißes Licht von 100 Lichtstärken. Als Außenlampen kommen natürlich leistungsfähige Lampen in Frage, die die größte Beleuchtungsstärke haben. Im Durchschnitt brennen sie bei einer Füllung von 1 Liter Petroleum oder anderem Brennstoff natürlich nach Beleuchtungsstärke 26 bis 5 Stunden. Durch die zuverlässige Konstruktion ist eine unbedingte Betriebsicherheit der Folge. Diese Lampen können auch gut als Stalllaternen benutzt werden. Bei der Auswahl ist es am besten, wenn der Rat der Firma eingeholt wird.



Sport-Ecke.

Handball

Körele 2. — Spangenberg 2. (4:5)

Geüblicher Weise gewann am vergangenen Sonntag die 2. Handballmannschaft des Turnvereins "Froher Mut" ihr leges Serienspiel zwar knapp, aber verdient. Halbzeit 2:1 für Körele. Die 2. Handballmannschaft des hiesigen Turnvereins ist damit Gruppenmeister der 5. Gruppe des Fulda-Edder-Gaues. Wir hoffen, dass die Mannschaft bei den Spielen um die Gaumeisterschaft ihr bestes hervorbringt und die Spangenberger Farbe würdig vertreten wird.

Bei Grippe- und Erkältungsgefehr hat sich das ältere Gurgen im Chlorodion-Wundwasser zum Schutz der Atemorgane hervor ausgezeichnet. Gute 1 ml. — und es werden aus Überzeugung wunderbare Verbraucher.

